

Aktuelle Pressemitteilungen und Stellungnahmen

Pressemitteilungen

- 14-10 Frauen verdienen mehr! – Gesellschaft und Gesetzgeber sind gefordert
20. März 2014
- 14-09 djb fordert Abschmelzung des Betreuungsfreibetrags und kritisiert wachsenden Abstand zwischen Freibeträgen für Kinder und Kindergeld: Insbesondere Alleinerziehende werden benachteiligt
14. März 2014
- 14-09 djb zum Internationalen Frauentag
7. März 2014
- 14-07 djb-Projekt „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ – Abschlusspublikation liegt vor
24. Februar 2014
- 14-06 Gesetzgeberische Minimallösung verschenkt Chance auf ein modernes Adoptionsrecht
20. Februar 2014
- 14-07 zur grundsätzlichen Notwendigkeit einer Anpassung des Sexualstrafrechts (insbesondere § 177 StGB) an die Vorgaben der Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) von 2011
9. Mai 2014
- 14-06 zur Unterrichtung durch die Bundesregierung Nationales Reformprogramm 2014 (BR-Drucks. 138/14): Eigenständige Existenzsicherung von Frauen erfordert Abbau von Fehlanreizen
14. April 2014
- 14-05 zum Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (BT-Drucks. 18/909)
2. April 2014
- 14-04 zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes
28. Februar 2014
- 14-03 zu dem Normenkontrollantrag des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg auf Feststellung der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz und der Nichtigkeit des Gesetzes zur Einführung eines Betreuungsgeldes – 1XBvF 2/13 –
28. Februar 2014 (wird nach Entscheidung durch das BVerfG veröffentlicht)
- 14-02 zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartnerin oder Lebenspartner
20. Februar 2014

Stellungnahmen

- 14-09 zum migrations- und flüchtlingspolitischen Teil der Mitteilung der Kommission COM(2014) 154 final vom 11. März 2014
6. Juni 2014
- 14-08 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen (COM(2012) 614)
19. Mai 2014

Einladung

Deutscher Juristinnenbund



**Der Deutsche Juristinnenbund e.V.
bittet anlässlich des 70. Deutschen Juristentages in Hannover
zu einem Empfang am
Donnerstag, 18. September 2014, 13.00 bis 14.00 Uhr
im Runden Saal, Hannover Congress Centrum,***

Ramona Pidal
Präsidentin

* Hannover Congress Centrum (HCC), Theodor-Heuss-Platz 1-3, 30175 Hannover,
<http://www.hcc.de/de/besucher/anfahrt-parken/>